



A-Post

GRSTR

Junge Grüne Kanton Luzern
c/o Grüne Luzern
Brüggligasse 9
6000 Luzern 7

**Petition
Klimakrise**

Luzern, 24. Oktober 2019 BK

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Grosse Stadtrat hat von Ihrer Petition Kenntnis genommen. Mit der Petition wird verlangt, die Klimakrise endlich als echte Krise zu behandeln und konkrete Massnahmen im Rahmen der städtischen Zuständigkeit zu ergreifen, damit die Stadt Luzern bis 2030 Netto Null Treibhausgasemissionen erzeugt.

Der Stadtrat hat dazu wie folgt Stellung genommen:

In Ihrer am 11. März 2019 eingereichten und von knapp 1'000 Personen unterzeichneten Petition fordern Sie den Stadtrat auf, die Klimakrise endlich als echte Krise zu behandeln und konkrete Massnahmen im Rahmen der städtischen Zuständigkeit zu ergreifen, damit die Stadt Luzern bis 2030 Netto Null Treibhausgasemissionen erzeugt.

Der Stadtrat geht mit den Petitionärinnen und Petitionären einig, dass der Klimawandel Realität ist. Auch in der Stadt Luzern sind die Folgen bereits spür- und messbar. Der Stadtrat ist sehr besorgt über diese Entwicklung, von der dicht besiedelte Gebiete besonders stark betroffen sind. Der Stadtrat anerkennt die Eindämmung der Klimaerwärmung und ihrer Folgen als eine dringende Aufgabe von global höchster Priorität, wobei nicht nur die nationalen und supranationalen Anstrengungen wichtig sind, sondern auch die regionale und lokale Ebene handeln muss.

Vor diesem Hintergrund unterstützt der Stadtrat auch die Forderung des Bevölkerungsantrags 288, Helene Meyer, Leander Studer, Elena Holz, Meret Kanza und Josefa Niederberger namens der Antragstellenden vom 1. Mai 2019: «Ausrufung des Klimanotstandes». Allerdings versteht der Stadtrat den Begriff «Notstand» nicht im Sinne des Notstandsrechts von Bund und Kantonen, das eher auf kriegsähnliche Zustände oder schwere Unruhen ausgelegt ist. Die Ausrufung des Klima-

notstandes ist keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmassnahmen. Es handelt sich vielmehr um einen symbolischen Akt, ein politisches Statement zur Anerkennung des Klimawandels als drängendes Problem und als Selbstverpflichtung, dem Klimaschutz höchste Priorität einzuräumen. Im gleichen Sinne ist der Stadtrat auch bereit, die in der vorliegenden Petition erwähnte «Klimakrise» als «echte Krise» zu behandeln.

Als Energiestadt Gold und europäische Klimabündnisstadt verfolgt die Stadt Luzern seit über 20 Jahren eine aktive Umweltpolitik. Seit dem Jahre 2011 enthält das Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energierglement) vom 9. Juni 2011 (sRSL 7.3.1.1.1), das von der städtischen Stimmbevölkerung in der Volksabstimmung vom 27. November 2011 mit 68 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde, ambitionöse langfristige Zielsetzungen für die Reduktion der Treibhausgasemissionen und des Energieverbrauchs. Mit zukunftsweisenden Projekten, einem Engagement auf breiter Ebene und einer aktiven Mitwirkung in verschiedenen Gremien nimmt die Stadt seit Jahren eine Vorreiterrolle in der Zentralschweiz wahr. Wichtiger Teil der Aktivitäten sind die Investitionen des städtischen Energieversorgers ewl Energie Wasser Luzern in die vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energien und den Auf- und Ausbau der Fernwärmenetze zur Nutzung von Abwärme (Renergia, Swiss Steel) und Seewasser.

Auf dem Gebiet der Stadt Luzern wurde in den vergangenen Jahren bereits eine breite Palette von Massnahmen umgesetzt. Der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen sind seit der Beschlussfassung über die Absenkpfade im Jahre 2011 denn auch tatsächlich rückläufig. Trotzdem reichen die bisher erzielten Erfolge nach Ansicht des Stadtrates nicht. Einerseits wurden bisher in erster Linie relativ einfach realisierbare und wirtschaftlich lohnende Massnahmen umgesetzt. Es wurden die sogenannt «tief hängenden Früchte» geerntet. In Zukunft dürfte die Massnahmenumsetzung anspruchsvoller werden. Andererseits kommt mit den neuesten Erkenntnissen des IPCC hinzu, dass die Massnahmenumsetzung beschleunigt werden sollte.

Diverse Schweizer Kantone und Städte haben in den vergangenen Wochen und Monaten den Klimanotstand ausgerufen und Pläne ausgearbeitet sowie Massnahmen beschlossen mit dem Ziel, bis ins Jahr 2050, teilweise gar bis 2030, emissionsneutral zu werden. Auch die Stadt Luzern wird ihre bisherige Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik überprüfen. In seiner Stellungnahme zur Dringlichen Motion 282, Jules Gut und András Özvegy namens der GLP-Fraktion vom 4. April 2019: «Neue städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Ziel Netto Null CO₂-Emissionen bis 2030)», die vom Grossen Stadtrat in der Sitzung vom 6. Juni 2019 überwiesen wurde, hat der Stadtrat viel Verständnis für die Forderungen gezeigt und sich bereit erklärt, die Umsetzung konkreter Massnahmen auf allen Ebenen zu beschleunigen und zu verstärken. Bis anhin stützt sich die Energie- und Klimapolitik der Stadt Luzern mit wenigen Ausnahmen auf die Instrumente Information, Beratung und finanzielle Anreize. Da die Wirkung dieser Instrumente beschränkt ist und nur Teile der avisierten Zielgruppen erreicht werden können, werden in Zukunft auch Verschärfungen der gesetzlichen Grundlagen (Gebote, Verbote, Lenkungsmassnahmen) erforderlich sein. Der Stadtrat ist auch bereit, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft verstärkt in die Erarbei-

tung konkreter Massnahmen miteinzubeziehen. Er ist insbesondere daran interessiert, mit Exponentinnen und Exponenten der Klimabewegung konstruktiv zusammenzuarbeiten, zum Beispiel in Form von Workshops.

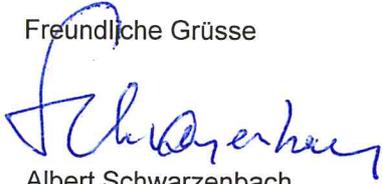
Die mit der Petition geforderte Reduktion des CO₂-Ausstosses auf netto null bis 2030 erachtet der Stadtrat zwar als ökologisch folgerichtig, aber unter den heutigen Voraussetzungen realistischerweise kaum als umsetzbar. Der heute im städtischen Energiereglement definierte Absenkpfad für Treibhausgase unterstützt das Ziel des Klimaabkommens von Paris, die Erderwärmung auf 1,5 °C über vorindustriellem Niveau zu begrenzen. Schon die Zielsetzung, diesen Transformationsprozess bis 2050 zu leisten, ist eine gigantische Herausforderung; ihn bis 2030 abzuschliessen, würde nach aktuellem Stand der Lage jedoch äusserst einschneidende Massnahmen erfordern. Zudem reicht es nicht aus, nur den Handlungsspielraum auszuschöpfen, der auf kommunaler Ebene vorhanden ist. Der Stadtrat erwartet deshalb auch vom Kanton Luzern und vom Bund, dass sie konkrete Ziele festlegen und Massnahmen umsetzen, um das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen.

Bereits wurde die Zusammenarbeit mit weiteren Schweizer Städten intensiviert, besteht doch im Zusammenhang mit den geplanten Anpassungen der energie- und klimapolitischen Zielsetzungen auf Ebene der Städte sowohl inhaltlich als auch zeitlich und methodisch Klärungs- und Harmonisierungsbedarf. So muss unter anderem geklärt werden, welche quantitativen (Teil-)Ziele in welcher Frist erreicht werden sollen. Denkbar ist auch eine gemeinsame Erarbeitung von Massnahmen. Der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI, Fachgruppen «Energie» und «Klima & Umwelt») hat sich der Thematik federführend angenommen und koordiniert die laufenden Arbeiten. Ziel ist dabei, dass die erarbeiteten Materialien dereinst von möglichst vielen Städten übernommen werden. Die Städte wollen damit auch ein starkes Zeichen setzen dafür, dass sie weiterhin bereit sind, eine Vorreiterrolle wahrzunehmen. Erste Resultate dürften im Herbst 2019 vorliegen.

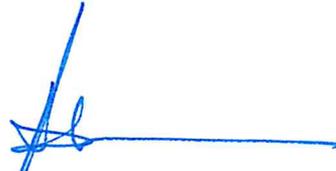
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Stadtrat die Stossrichtung der Petition unterstützt. Er ist bereit, dem Stadtparlament einen Planungsbericht vorzulegen, der die aktuellen klimapolitischen Forderungen aufnehmen wird. Er wird in diesem Planungsbericht unter anderem aufzeigen, was es bedeuten würde, den CO₂-Ausstoss auf netto null pro Kopf bis 2030 zu reduzieren. Insbesondere wird er dabei darlegen, welche konkreten Massnahmen neu oder beschleunigt umzusetzen sind und wo seiner Ansicht nach Verschärfungen der gesetzlichen Grundlagen erforderlich sind. Zudem wird er dem Stadtparlament die aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse erforderlichen Anpassungen des städtischen Energiereglements zum Beschluss vorlegen.

Der Grosse Stadtrat schliesst sich den Ausführungen des Stadtrates an. Er wird die definitiven Beschlüsse im Rahmen der parlamentarischen Behandlung des angekündigten Planungsberichtes fassen.

Freundliche Grüsse



Albert Schwarzenbach
Präsident des Grossen Stadtrates



Dr. Urs Achermann
Stadtschreiber